

FGM

Hebammen und ÄrztInnen an vorderster Front

04. Februar 2011, 10:45



Besonders brutale Gewalt gegen Mädchen und Frauen: FGM betrifft alle gesellschaftlichen Schichten, ist nicht religiös begründet und passiert auch bei in Europa und Österreich passiert. Laut Amnesty International sollen drei Millionen Frauen jährlich einer Genitalverstümmelung unterzogen werden, das sind etwa 8.000 pro Tag.

Österreichs Kampf gegen FGM: Plattform will verstärkt auf Aufklärung über Kirchen und medizinisches Personal setzen - In Deutschland fordert man bessere Versorgung betroffener Frauen

Wien - Am 6. Februar wird der Internationale Tage gegen weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation, FGM) begangen. Der Kampf gegen diese grausame Praxis verlaufe in Österreich erfolgreich, sei aber noch lange nicht zu Ende, zogen Gesundheitsminister Alois Stöger, Beate Wimmer-Puchinger, Frauengesundheitsbeauftragte der Stadt Wien, und die SPÖ-Bereichssprecherin für Globale Entwicklung, Petra Bayr, anlässlich "10 Jahre Kampf gegen FGM in Österreich" Bilanz.

Durch Tradition nicht rechtfertigen

Weltweit sind rund 155 Millionen Frauen unter katastrophalen hygienischen Bedingungen verstümmelt, berichtete Stöger, der Genitalverstümmelung als schwere Körperverletzung und Folter bezeichnete. Neben den gesundheitlichen Folgen werde den Frauen ein ganz wichtiges Stück ihres Lebens genommen, sie würden ihrer Sexualität beraubt, so Stöger. Am wichtigsten sei Aufklärung auf nationaler und internationaler Ebene. "Dafür brauchen wir besonders Berufsgruppen wie Ärzte und Hebammen, die Informationen weitergeben", so der Minister. Stöger dankte der Plattform Stop FGM, die von Petra Bayr mitgegründet wurde, für ihre Arbeit. "FGM darf nicht toleriert werden, da muss man ganz klar Stellung beziehen. Es gibt keine Tradition, die diese Praxis rechtfertigen könnte", so Stöger.

Im Jahr 2011 plant Bayr weiterhin Informationsvermittlung: So sollen viele Betroffene über Kirchen erreicht werden. Auch ein Erfahrungsaustausch zwischen den Organisationen, die vor Ort gegen FGM kämpfen, ist geplant. "So soll ein Leitfaden für die Arbeit gegen FGM vor Ort entstehen", erklärte die SPÖ-Bereichssprecherin für Globale Entwicklung. International will sich Bayr dafür einsetzen, dass in Asien, wo FGM ebenfalls weit verbreitet ist, Daten erhoben werden. "Es gibt noch genug zu tun", so Bayr.

Schnittstelle medizinisches Personal

Als markante Eckpunkte des nunmehr zehnjährigen Kampfs gegen FGM in Österreich nannte Bayr etwa eine Studie aus dem Jahr 2000, die aufzeigte, dass 30 Prozent der aus Afrika stammenden in Österreich lebenden Eltern FGM bei ihren Töchtern bereits durchgeführt oder geplant hätten. Diese Studie gab den Anstoß, in diesem Bereich weiterzuarbeiten.

Einige der folgenden Schritte waren Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit, die Gründung der Österreichischen Plattform "Stop FGM", Kooperationen mit Frauengesundheitsberatungsstellen, Hebammen- und Ärzte Weiterbildung, Informationsveranstaltungen für Eltern, LehrerInnen und KindergartenpädagogInnen über rechtliche Grundlagen und Handlungsoptionen u.v.m.

Wimmer-Puchinger hat indes erreicht, dass Gesundheitspersonal und Kindergartenpädagogen in Wien flächendeckend über FGM und damit zusammenhängende rechtliche, soziale und medizinische Fragen informiert sind. Für 2011 kündigte sie Schulungen für SchulärztInnen an. Ziel sei, so viele betroffene Familien wie möglich zu erreichen.

Deutschland: 20.000 Unterschriften für Fortschritt

Auch in Deutschland hat sich im Kampf gegen FGM etwas getan - aber ebenfalls nicht genug, wie die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes anlässlich des 6. Februars mitteilte. Vor einem Jahr startete die NGO zusammen mit dem Familienplanungszentrum Berlin Balance eine Unterschriftenaktion zur Verbesserung der medizinischen Versorgung betroffener Frauen in Deutschland. Über 20.000 Menschen bundesweit haben dieses Anliegen mit ihrer Unterschrift unterstützt und damit ein Zeichen gesetzt, dass ihnen das Schicksal der tausenden bereits betroffenen Frauen in Deutschland nicht gleichgültig ist.

"Dennoch ist weibliche Genitalverstümmelung in Deutschland bislang nicht im medizinischen Diagnoseschlüssel enthalten", kritisiert Terre des Femmes-Vorsitzende Irmgard Schewe-Gerigk. Mit der Aufnahme in den Diagnoseschlüssel könne die Zahl der betroffenen Frauen, die aufgrund weiblicher Genitalverstümmelung medizinische Unterstützung benötigen, erfasst werden.

"In der Vergangenheit haben sich Krankenkassen immer wieder geweigert, die Kosten für umfassende Beratungsgespräche oder notwendige medizinische Behandlungen zu übernehmen, da die Behandlung der Folgen weiblicher Genitalverstümmelung nicht im Abrechnungsverzeichnis der Krankenkassen auftaucht", so Schewe-Gerigk. Terre des Femmes fordert von Deutschlands Bundesgesundheitsminister Rösler, diesen Missstand zu ändern und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. (red)

Links

[Stop FGM](#)

[Terre des Femmes](#)

© derStandard.at GmbH 2011 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.